Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 7 (1985)
Heft: 25

Artikel: Ökologische Produkte : Politische Strategie
Autor: Bollweg, Heinz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652918

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heinz Bollweg

Ökologische Produkte Politische Strategie

Das Bremer Zweig-Werk der Fa. J.M. Voith GmbH, Heidenheim, sollte zum 31.3.1984 stillgelegt – ein kleiner Teil der Belegschaft noch bis Ende 84 weiterbeschäftigt werden. Schon kurz nach Bekanntwerden der Schließungspläne des Heidenheimer Managements hat sich eine Initiative aus Arbeitnehmern des Maschinenbau-Unternehmens gebildet, die schließlich einen Teil des Bremer Werkes als Belegschafts-Unternehmen übernommen hat.
Anläßlich des einjährigen Bestehens hatte AN Ende März zu einem Treffen eingeladen, um Phantasie und Sachverstand für die Entwicklung und Umsetzung ökologischer Produkte zusammenzubringen. Eingeladen waren Wissenschaftler, Ingenieure, Öko-Gruppen, Regional-Politiker und selbstverwaltete Betriebe, die eigene Produkte herstellen wollen.
Heinz Bollweg, einer der beiden Geschäftsführer von AN, schildert die Entwicklung und die Probleme dieses in der Bundesrepublik einmaligen Unternehmens und versucht, die innerbetrieblich notwendigen Lernprozesse auf die politische Strategie der Öko-Bewegung zu beziehen.

Kurz-Geschichte des Belegschaftsunternehmens

Das Gründungskapital für die „AN-Maschinenbau und Umweltschutzanlagen GmbH" haben fünfzig der zuletzt hundertsiebzig Bremer Voith-Mitarbeiter in 500 und 1000 Marks-Beträgen zusammengetragen. Zur Unterstützung des Starts haben andere Kapitalgeber und Freunde etwa 150 000,– DM in stillen Einlagen aufgebracht.
Das Land Bremen hat die Maschinen des Bremer Werkes gekauft, Gelände und Gebäude gepachtet und stellt diese „Grundausrüstung" der Belegschaftsfirma zu günstigen Konditionen zur Verfügung. Damit allein ließ sich natürlich nicht ein neues Unternehmen konzipieren und aufbauen. Da die Schließung des Bremer Werkes für Voith Teil einer „Konzern-Bereinigung" darstellt, die bisher in Bremen gefertigten Komponenten von Papiermaschinen nunmehr im Hauptwerk Heidenheim hergestellt werden, muß sich das neue Unternehmen grundlegend auf neue Auftraggeber und Produkte umorientieren.
Erschwerend hierfür ist, daß Voith-Bremen nie eine selbständig operierende wirtschaftliche Einheit war und deswegen Abteilungen wie Rechnungswesen, Konstruktion und Vertrieb bisher gar nicht existierten.
Die Belegschaft ist diese Probleme offensiv angegangen:
Einmal in die Lage versetzt, selbst die Produktion planen zu können und müssen, wird bewußt die Fertigung von „ökologisch vertretbaren und gesellschaftlich sinnvollen" Produkten anvisiert.
Bei der AN besteht jedoch Klarheit darüber, daß auf absehbare Zeit die Lohnfertigung von Halbfertigteilen des Maschinenbaus wirtschaftliches Standbein bleiben wird.
Damit ist eine Kostenstruktur verbunden, deren Schwergewicht auf dem Lohnanteil liegt (80 000,– DM im Monat), Gemeinkosten und Material sind mit je ca. 20 000 DM monatlich beteiligt. Das Spektrum der Aufträge reicht von der Bearbeitung von Armaturen, Teilefertigung für Kranbau und Schiffsanleger, für Buchbindemaschinen und pneumatische Prüfeinrichtungen bis hin zu Schweißkonstruktionen und Stahlbauarbeiten, zur Karussel- und Bühnentechnik. Insgesamt konnten 30 Arbeitsplätze wieder eingerichtet werden.

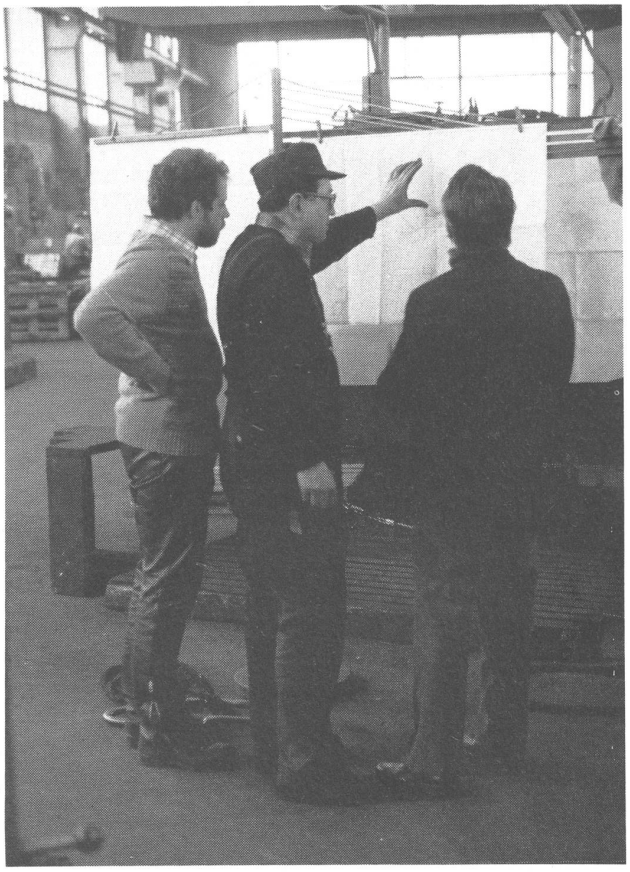
Unser Markt

Oberflächlich betrachtet, vermitteln die oben beschriebenen Arbeitsfelder das Bild einer interessanten Produktpalette und geschickter Risikostreuung. Wenn's denn unsere Produkte wären! Genau betrachtet arbeiten wir ja an diesen Produkten, ohne das geringste Knowhow über die jeweiligen „Gesamtkunstwerke" zu besitzen. Und wir können diese Arbeiten an so un-

terschiedlichen Produkten nur durchführen, weil die Tätigkeiten durch unsere Auftraggeber mindestens soweit ins Detail aufgelöst wurden, daß es für uns möglich ist, die weitere Auflösung in einzelne Maschinenarbeitsgänge durchzuführen – ohne dazu die Funktion der bearbeiteten Teile oder Teilgruppen verstehen zu müssen.
Die Qualifikation unserer Kollegen ist es, die unterschiedliche Formgebung an den jeweiligen Maschinen zu beherrschen – eben umzusetzen. Diese, zwar über Jahre erlernte Qualifikation ist insofern pauschal, als daß sie jeder andere Dreher, Fräser, Bohrer mehr oder weniger genausogut verrichten könnte. Die beschriebenen Umstände unserer Arbeit haben einige, wesentliche Konsequenzen:
Auf der Ebene der zerlegten Arbeitsgänge kann es einem Lohnfertigungsunternehmen gelingen, „Risiko zu streuen". Andererseits ist die Risikostreuung auf unterschiedliche Kunden mit unterschiedlichen Maschinen-Produkten automatisch vorgegeben, weil eine Spezialisierung doch eigene Produkt-Ideen und deren konstruktive Umsetzung erfordern würden. Eine Spezialisierung allein auf der Ebene von pauschalen Qualifikationen wie Drehen, Fräsen, Bohren für bestimmte Maschinen stellt auf dem Lohnfertigungsmarkt keinen dauerhaften „Besitz" oder Vorsprung dar – erhöht im Gegenteil die für solche Betriebe extrem gefährliche Abhängigkeit von einzelnen Auftraggebern.
Natürlich ist die Beliebigkeit der zu fertigenden Teilmaschinen nur ein Spiegelbild für die Beliebigkeit der Unternehmen, die Lohnfertigung ausführen sollen. Das macht das Niveau der Kämpfe auf dem Lohnfertigungsmarkt aus. Die Beliebigkeit hat das wenig mehrwertträchtige Preisniveau am „relativen Existenzminimum" der Lohnfertigungsbetriebe festgeschrieben. Verdient wird im Kapitalismus allenfalls noch an Know-how, an Ideen – nicht jedoch an der – obwohl qualifizierten – materiellen Produktion selbst.
Gleichwohl wird die Lohnfertigung (düstere) Zukunft haben. In dem Maße, wie die Maschinenbau-Industrie zunehmend auf die Herstellung von Maschinen zur Ersatz-Investitionen angewiesen sein wird – also kein bedeutendes Wachstum mehr stattfindet –, erscheint es für die Unternehmen uneffektiv, überdimensionierte Produktionskapazitäten vorzuhalten. Stattdessen bietet sich an, Produktion nur noch bei Bedarf außerhalb stattfinden zu lassen – ohne dabei Produkt-Knowhow und Mehrwert zu verschwenden.
Dementsprechend bietet ein Lohnfertigungsunternehmen größere Angriffsflächen als hauseigene Abteilungen oder Arbeitnehmer. Hier kann man von einem Tag auf den anderen Arbeit abziehen, Wochenendarbeit und Spitzenqualität zum Billigtarif einkaufen.

Selbstverwaltung – den Kapitalismus spürbar machen

Was heißt es nun, selbstverwaltet Lohnfertigung zu betreiben? Nichts anderes, als die Freiheit, selbstbestimmt nach den Ecken zu suchen, wo Kosten gespart werden könnten, kollektiv über Wochenendschichten zu entscheiden und jeden autonom seine Arbeit mit schlechten Preisen kalkulieren zu lassen.
Selbstverwaltete Unternehmen als Lohnfertiger könnten für (nicht gegen) den Kapitalismus eine spannende Alternative zum Problem der Kosten- und Produktivitätsverschleppung in Groß-Unternehmen sein: Die Arbeit gebe ich raus – der Mehrwert bleibt im Haus.
Für den einzelnen Kollegen stellt sich bei uns die Errungenschaft der Lohnfertigung in Selbstverwaltung logischerweise als Verlust der relativ gemütlichen Arbeitsbedingungen aus der Voith-Ära dar. Wir haben von Anfang an, um nicht ökonomische Zwänge pädagogisch abbilden zu müssen, sondern direkt wirken zu lassen, die bei uns angefertigten Arbeiten von den „ausführenden" Arbeitsbereichen selbst kalkulieren lassen. Dies ist ein notwendiger Weg, die Wiederaneignung der Arbeit fortschreiten zu lassen. Die Gefahr, über zu eng gerechnete Zeiten zwar den Auftrag zu bekommen, bei der Abwicklung jedoch zuzulegen – oder andererseits zu vorsichtige Zeiten abzugeben, dadurch den Auftrag nicht zu bekommen und ohne Arbeit dazustehen, bringt den Betroffenen zuweilen schlaflose Nächte.



Die sehr direkte Qualitäts- und Fehlerkontrolle durch unsere Kunden sitzen den Kollegen ärger im Nacken als früher Meister und Betriebsleiter

Wir sind im Augenblick in der Lage, aus etwa 2/3 der an uns gerichteten Anfragen Aufträge zu machen. Sind deshalb unsere Preise zu schlecht? Nein, wir bewegen uns mit den Preisen im oberen Marktdrittel. Als Erklärung bieten sich mehrere Faktoren an:
1. Genaue und knappe Zeitkalkulation
2. Vorteil des umfassenden Maschinen-Angebots
3. Arbeitsqualität
4. Termintreue.

Im Gegensatz zu den meisten selbstverwalteten „Alternativ-Betrieben" scheidet für uns „Sympathie" als Auftragsursache völlig aus.

Eigene Produkte

Genausowenig gibt es Produkte oder Produktideen, die wir verwirklichen könnten und für die es eine „Sympathisanten-Nachfrage" gäbe. Das hängt damit zusammen, daß unsere Betriebsstruktur nicht auf die Produktion von Konsumgütern ausgelegt ist. Der Markt für Investitionsgüter, auf dem sich unser Unter-

nehmen bewegen muß, fordert – und dies gerade auch von den anvisierten „ökologisch vertretbaren und gesellschaftlich nützlichen" Produkten – betriebswirtschaftliche Rentabilität.
Nachweislich gute, realisierbare, verkaufbare Produktideen stehen nicht zur „Disposition". D.h., heute kosten ausgereifte Produkt-Ideen entweder eine Menge Geld – oder sind bereits vermarktet.
Je größer der Anteil des Erfinders an der technischen und marktmäßigen Absicherung seines Produktes ist, desto höher wird der Preis seiner Erfindung sein (weil er diesen Teil der Risiken mit sich selbst ausgemacht hat). Ist eine Produktentwicklung in dieser Weise relativ abgesichert, steigt für den möglichen Produzenten zunächst noch die Gefahr, das Produkt von der Konkurrenz verwirklicht zu sehen. Verhandlungen über Produkt-Lizenzen sind somit Balz-Spiele zwischen Erfinder und Produzenten. Gebalzt wird um Profite, die zunächst noch in den Sternen stehen. Werden sie später wirklich realisiert, dann weitgehend entsprechend der Anteile der Partner am Risiko.
Welchen Platz könnte die AN in diesem Spiel einnehmen? Angenommen, wir sind in der Lage, das Produktrisiko einzelner Entwicklungen durch geschickte Vorprüfung zu senken – träfen sogar noch auf den „risikofreudigen Erfinder mit entwickelter Idee"? So bliebe für uns möglicherweise die etwas interessantere Arbeit am etwas interessanteren Produkt (gegenüber der jetzigen Lohnfertigung). Für die AN würde sich bei dieser Risiko-Aufteilung jedoch kaum eine höhere Wertschöpfung als bei der Lohnfertigung erzielen lassen.
Bliebe noch die Möglichkeit der „weniger entwickelten Produkte" mit hohem Risiko für die AN: Können wir finanziell nicht durchstehen. Und außerdem: die Unternehmensphilosophie eines Belegschaftsunternehmens legt der Risikofreude oder Skrupellosigkeit den eigenen Arbeitsplätzen gegenüber Grenzen auf. So paradox das klingt. Hier stehen wir mit den Grenzen unserer Risikofreude und -möglichkeiten nicht allein. Fortschrittliche Ingenieure, linke Wissenschaftler versuchen für gewöhnlich, „auf der sicheren Seite" zu bleiben. Ihre Tätigkeiten sind entweder durch den öffentlichen Dienst abgesichert oder bewegen sich stets in der klassischen linken Disziplin: Analyse. In diesem Zusammenhang erweist sich die linke Sozialisation unserer Sympathisanten als Handicap. Wer sich jahrelang mit der Analyse des Kapitalismus beschäftigt hat und von einer Zukunft träumt, die gesellschaftliche Risiken gleichmäßig verteilt, der ist nicht eben dafür konditioniert, Risiken zur Verwirklichung seiner Zukunftsvorstellungen einzugehen und sie damit greifbarer zu machen. So gibt es wenig linke Ingenieure, die an der Entwicklung zukunftsorientierter und zukunftssicherer Produkte arbeiten. Tun sie's, dann doch so unbedarft und risikoscheu, daß sie immer Gefahr laufen, sich ihr Produkt und Risiko um den Preis der Selbständigkeit abkaufen zu lassen (also geistige Lohnfertigung zu leisten). Damit erscheint ihre Zukunft – und die Zukunft produzierender selbstverwalteter Betriebe – auf absehbare Zeit an den Dienstleistungssektor und die Lohnfertigung gefesselt. Beides Bereiche, die Anhängsel eines florierenden Kapitalismus sind – nicht Herausforderung.
Es gibt also keine „ökologisch vertretbaren und gesellschaftlich sinnvollen" Produktideen, sondern lediglich realisierbare (d.h. profitable) und nicht-realisierens„werte" (nicht-profitable) Produktideen. Eine dritte Gruppe stellen die „noch-nicht-profitablen" Produktideen dar, auf die wir später noch zu sprechen kommen.
Seien wir uns also getrost im klaren darüber, daß profitable Produktideen bis auf weiteres schneller und effektiver von gewöhnlichen kapitalistischen Unternehmungen umgesetzt werden können.

Wir und die Politik

Die AN ist ein politisches Objekt. Leider, würden viele meiner Kollegen sagen – mit der Betonung auf „politisch". Leider sage auch ich – mit der Betonung auf „Objekt". Das Belegschaftsunternehmen ist Darstellungs-Objekt für die Bemühungen des Bremer Arbeitssenats, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun. Der Wirtschaftssenat wiederum sucht in uns ein Anschauungsmodell für die (vermutet) verfehlte Politik des Arbeitssenats.
Die AN ist das Objekt einiger Diplom-Arbeiten. Nichts dagegen einzuwenden, wenn Studenten/innen die sonst so trostlose Diplomarbeits-Landschaft mit unseren abenteuerlichen Versuchen interessanter gestalten. Nur: Fad wird's, wenn solche Diplomarbeiten das Experiment unter dem Thema „Auswirkungen betrieblicher Eigentumsformen auf ausgewählte personalwirtschaftliche Aspekte" verarbeiten müssen – nur, weil der zuständige Professor „Fachmann" für Personalwirtschaft ist.
Während der Gründungsphase war die AN Objekt für wissenschaftliche – oft wenig praktikable – Überlebensvorschläge der unterschiedlichsten Disziplinen. Das hat sich seit dem Start gelegt, geblieben ist immerhin die wissenschaftliche Betrachtung. Die Betrachtung ist Merkmal jener antiseptischen und ewig reagierenden Forschung, für die das Scheitern unseres Experiments doch wenigstens den Anlaß zum Abschluß der Beobachtungen böte. Ihnen allen, sehr verehrte Damen und Herren, Professoren und Senatoren, würde ich gern folgendes Ultimatum stellen: Entweder Ihr entfaltet für uns die Fürsorge, die Ihr jedem Versuchskaninchen angedeihen laßt – oder wir stellen unser Experiment ein.
Dieses Ultimatum kann ich nicht stellen, weil die Existenz der bei AN arbeitenden Menschen am Experiment hängt. Ich will das Ultimatum aber auch deswegen nicht stellen, weil ich von den o.a. und von uns selbst erwarte, die AN als politisches Subjekt zu begreifen. Nur so wird es ein wirtschaftliches und politisches Überleben und Entwickeln geben. Meinen Kollegen, denen Politik im Zusammenhang mit unserem Betrieb ein Dorn im Auge ist, kann ich nur entgegenhalten: Ohne die Politik würde es unser Unternehmen heute nicht geben und für die Zukunft ist es ratsamer, (neben dem Umsatz) auch Politik zu machen, als Spielball der Politik zu sein.

Die AN als Prozeß – nicht als Modell

Unser Unternehmen ist ein begrenztes Experiment mit Arbeiterselbstverwaltung und ökologischer Produktion innerhalb des Kapitalismus. Ein Experiment, das, da es ein Fremdkörper im bestehenden Wirtschaftssystem ist, besonders geeignet ist, die Widersprüche des Systems abzubilden (s.o.). Unser Versuch bietet die Möglichkeit, im Hinausgehen über das Bestehende unsere eigenen Hemmnisse und Unfähigkeiten aus dem Alten gegenüber dem Neuen aufzuspüren und zuzuspitzen.
Damit könnten Belegschaftsbetriebe wie die AN Kristallisationspunkt gesellschaftsverändernder Ansprüche und Möglichkeiten der Arbeiterbewegung und Linken sein. Die Erfahrungen aus solchen Betrieben werden größere allgemeine Aussagekraft haben, als etwa die mit Idealismus überfrachteten Versuche in alternativen Kollektiv-Betrieben: Dort ist der Wunsch einer Minderheit, selbstverwaltet zu arbeiten, mindestens die Gründungsursache und stellt ein Ausleseprinzip dar, das bei unserer Belegschaft nie eine breite Rolle gespielt hat.
Der Kapitalismus war bis heute deswegen ein ebenso flexibles wie beständiges System, weil er vermocht hat, aus seinen Widersprüchen und Fehlern zu lernen. Dies, stärker als alle vor-

herigen Wirtschaftssystem deswegen, weil der Zugang zur Gestaltung des Kapitalismus nicht aus willkürlichen Gründen (Standesunterschiede) breiten Bevölkerungskreisen verwehrt blieb. Der Wettbewerb (der Ideen) war deshalb Grundvoraussetzung für die Entwicklung der Produktivkräfte und die hohe Lebenserwartung des Kapitalismus. Ein dialektisches Prinzip:
Für ein kleines Experiment wie die AN ist die Möglichkeit des Ausprobierungs und Riskierens nicht einmal nur beabsichtigter Anspruch. Risiko und Ausprobieren ergeben sich zwangsläufig aus der Einbettung ins bestehende Wirtschaftssystem.
Nur darf es nicht darum gehen, den auftretenden Widersprüchen mit bloßer wissenschaftlicher Faszination zu begegnen – es muß mehr passieren. Der Prozeß, an dem wir beteiligt sind, soll von uns mitgestaltet werden, nicht Hingabe an – sondern Überwindung von Widersprüchen ist angesagt. Was den Alltag angeht, müssen wir das allein schaffen. Für weitergehende Perspektiven brauchen wir jedoch die Hilfe der unverbesserlichen Utopisten aus allen Bereichen. Nicht etwa, weil wir über selbstverwaltete Betriebe nach und nach den Kapitalismus aufzukaufen träumen. Wir wollen ganz praktisch, politisch zeigen, was wir können, und unsere Grenzen herausfinden.

Einer unserer Nachteile ist die viel zu dünne Kapitaldecke, die im Augenblick nur mehr in Form von Forderungen an Kunden existiert. Damit sind wir gleich beim zweiten Nachteil: Wir genießen kein Vertrauen bei den Banken. Ein ganz wesentlicher, gewollter Nachteil gegenüber herkömmlichen Unternehmen ist, daß wir trotz all der Marktwirtschaft selbstverständlich die „sozialen Kosten der Selbstverwaltung" tragen: Es gibt bei uns leistungsstarke Menschen und leistungsschwache – und es gibt Menschen, die in herkömmlichen Betrieben weit weniger verdienen würden oder schon rausgeflogen wären. Diese Probleme werden zudem noch diskutiert, was Zeit kostet – ein weiterer Nachteil.
Die AN ist bisher mit keinem eigenen Produkt auf dem Markt vertreten. Für ein mit spezifischen Produktionsmitteln und Menschen ausgestattetes Unternehmen im Nachhinein ein Produkt zu suchen, ist ungleich schwieriger, als um eine sich realisierende Produktidee, in enger Wechselbeziehung zum Markt, schrittweise die Produktion aufzubauen. Im Grunde muß für alle Unternehmen, die übernommen werden sollen, ohne alte Produkte weiterproduzieren oder verkaufen zu können, quasi „rückwirkend" eine „Gründungsmotivation" gesucht werden,

Strategie

Die Probleme, die sich aus der Produktsuche für AN ergeben, wollten wir auf unserem Treffen am 22. und 23. März diskutieren. Wir wollten untersuchen, wie wir im wörtlichen Sinne aus einer politischen Strategie zur Einführung ökologisch- und sozialverträglicher Produkte Kapital schlagen könnten. Wie können wir die möglichen Vorteile unseres politischen Selbstverständnisses gegenüber bestehenden Nachteilen zu herkömmlichen Unternehmen ausspielen?
Gegenüber anderen Betrieben haben wir den Vorteil geringerer Gemeinkosten, Spesen, Kontrollkosten. Unser Kalkulationssystem ist effektiver und Entscheidungen sind bei uns antastbar, veränderbar – es ist für mich nicht möglich, mit dem Status des Geschäftsführers willkürlich schlechte Entscheidungen durchzusetzen. Höhere Motivation herrscht bei uns eher nur tendenziell. Entsprechend ist es um die Qualität unserer Arbeit bestellt. (An dieser Stelle geht es nicht um die zwischenmenschliche Situation – Liebe, Haß und Leidenschaft, wie in jeder richtigen Disco.)

die halbwegs zur vorhandenen Betriebsstruktur paßt. Wenn die Linke auf dieses sehr wesentliche Problem in Zukunft weiterhin passiv reagieren will, dann wird sie Übernahme-Initiativen nur raten können, entweder die Finger vom Betrieb zu lassen oder sich mit Lohnarbeit (falls überhaupt möglich) einen sauren und perspektivlosen Arbeitsalltag an den Hals zu laden.
Bei der „posthumen" Produktsuche unterliegen Belegschaftsbetriebe geringerer Freude am und Möglichkeiten zum Risiko. Sie sind mit diesem Nachteil ziemlich genau im Niemandsland zwischen den „Großen", die sich viel Ausprobieren leisten können und den Tüftlern angesiedelt, die zunächst nur für sich selbst Risiko tragen.
Will die Linke diesen Problemen jedoch endlich aktiv begegnen, so ist verlangt, Utopien zur Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse zusammen mit schon existierenden Vorteilen in die Waagschale zu werfen. Warum nicht das ökologisch Gewollte mit der politischen Strategie und dem praktisch Machbaren zusammenbringen? Wer aus der grünen oder linken Bewegung die Zukunft für sich reklamiert, der hat gefälligst seinen Arsch hochzukriegen und dieser Zukunft auch immer tatsächlich ei-

nen Schritt näher zu sein als die anderen. Das bedeutet eine Menge Arbeit, die eine „konzertierte" Aktion zwischen linken Ingenieuren, Parlamentspolitikern, Öko- und anderen Initiativen, Marketing-Leuten und uns, den Produzenten, notwendig macht. Dabei steht überhaupt der Beweis noch aus, daß wir gute (bessere) Ideen haben. Wenn wir schon nur begrenzt Mut, Möglichkeiten und politischen Willen zum „unternehmerischen Risiko" haben, sind wir gezwungen, dem eine andere Qualität von Wirtschaften entgegenzusetzen.
Es geht darum, den objektiven Nachteil der politischen Verhältnisse als Schutzzone für die Entwicklung und Vermarktung eigener, sinnvoller Produkte und Produktionsverhältnisse zu nutzen. Dabei wird gleichzeitig auf die Veränderung der Verhältnisse Einfluß genommen.
Für die damit verbundene Arbeit ist der Begriff „Konzertierte Aktion" eher noch verharmlosend.

Konzertierte Aktion vertagt

Bestimmende Grundvoraussetzung für die Diskussion war die Tatsache, daß nur ganz wenig verwertbare Produktideen existieren, für die konkurrenzfähiges Knowhow in der Öko- oder Selbstverwaltungsszene angesiedelt ist. Das Übergewicht der Gespräche lastete deshalb (mangels Masse) auf Utopien und Gedankenkonstruktionen, bzw. dem Beschreiben von Möglichkeiten, die zu nutzen sind, wenn entsprechende Produkte da wären.
Ziel der als Thema vorgegebenen „Konzertierten Aktion" sollte eine Kooperation aller an (technischen) Lösungen von Umweltproblemen und selbstverwalteten Produktionsverhältnissen interessierten gesellschaftlichen Gruppen sein: Öko-Gruppen und Verbraucher bzw. Betroffene erweitern ihre Kritik an bestehenden Verhältnissen um die Handlungsebene, indem sie z.B. Forschungs-Aufträge verteilen. In Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Ingenieuren sollen Produkte auf technische und wirtschaftliche Realisierbarkeit überprüft und Auswirkungen auf die Umwelt analysiert werden. Eng verknüpft hiermit ist die Notwendigkeit zur gemeinsamen Kritik und Einflußnahme der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Produkte der Öko-Technologie. Zusammen mit brauchbaren Politikern sollen Investitionszulagen-, Steuer- und Energie-Versorgungspolitik und fehlendes „Verursacherprinzip" im Umweltschutz als Widersprüche zu umweltfreundlichen Technologien benannt und bekämpft werden.
Von der Arbeitsgruppe „Produktsuche" wurde dementsprechend der Aufbau regionaler Koordinationsstellen angeregt, die notwendige Informationen und Qualifikationen zusammenbringen sollen. Ihre Träger könnten Netzwerke, Verbraucherberatungen, gewerkschaftliche Arbeitskreise, Uni's, Bürgerinitiativen oder Umweltschutzorganisationen sein.
Von den GRÜNEN in Bonn wurde die Bereitstellung eines Fachmenschen verlangt, der für Finanzierungs-Antrags-Beratung zur Verfügung steht.
Der Hauptkonflikt spielte sich in der Arbeitsgruppe „Rahmenbedingungen und politisches Marketing" ab. Das Ingenieur-Kollektiv REA aus München (Gesellschaft für Recycling von Energie und Abfall) stellte sein Finanzierungs- und Vermarktungskonzept einer Anlage zur anaeroben Vergärung vor, die Windenergiekonzepte von Wuseltronick/Südwind kamen aus Zeitgründen etwas zu kurz. Beide Produkte haben eine Grundeigenschaft ökologischer Investitionsgüter: Ihre Marktfähigkeit ist extrem abhängig vom gesellschaftlichen Umgang mit der Ökologie. Für die anaerobe Vergärung ist die getrennte Sammlung von Siedlungsabfällen wesentliche Voraussetzung, für die Windenergieanlagen sind vernünftige Abnahmepreise für den erzeugten Strom und eine förderliche Investitionszulagenpolitik notwendige Grundlagen für verkaufsträchtige Rentabilität.
Der Ingenieur des Belegschaftsunternehmens AN, Werner Westphal, verfolgt einen Entwicklungsstrang des Verfahrens für kleinere Einsatzeinheiten.
Das Verfahren der AN bietet sich für kleinere Gemeinden, Gewerbebetriebe und zur Entsorgung von Stadtteilen an. Kontakte zu solchen Interessenten sind bereits vorsichtig geknüpft worden – Förderungsmöglichkeiten werden sondiert. Die Marktaussichten für das Produkt sind langfristig und angesichts der immer bedrohlicheren Müllproblematik in der BRD sehr gut. Die AN und REA könnten mit der Umsetzung und Vermarktung des Verfahrens eine Vorreiterrolle für das Überwinden der bisherigen Grenzen selbstverwalteter Arbeit in der BRD spielen: Aus dem Bereich der Dienstleistungen in die Produktion eigener, sinnvoller Produkte des Investitionsgüter-Bereichs einsteigen. Das Verfahren der REA-München ist technisch aufwendiger – aber auch für größere Einheiten und die Klärschlammentsorgung ausgelegt.
Aber es ist weniger eine Frage der Größenordnung, an der sich die Kontroverse entzündet hat, sondern die Tatsache, daß die REA eher hofft, durch ein Kommanditisten-Beteiligungsmodell „venture-capital" anzuziehen, AN dagegen durch eine politische Strategie eher „Sympathisanten-Kapital" aufzubringen gedenkt. Was AN den Kapitalgebern anbieten würde, wäre also in erster Linie die Möglichkeit, ein politisches Experiment zu unterstützen, und erst an zweiter Stelle, Verlustzuweisungen zu bekommen. AN befürchtet bei einer Zusammenarbeit, daß sie ihre Interessen letzten Endes den „Sicherheits-Interessen" der Kommanditisten unterordnen müßte.
AN und REA wollen in einem Kraftakt noch einmal versuchen, genügend Kapital aus der „Sympathisanten-Szene" aufzutreiben. Der Kapitalbedarf für die Realisierungszeit bis hin zur Marktreife und Kapitalrückfluß wird DM 3,8 Mio. betragen. Auch wenn ein Teil des Geldes über öffentliche Förderungen aufgebracht werden kann, ist ein erhebliches Startkapital erforderlich. Egal ob Rendite- oder Sympathie-Anleger: natürlich ist dieses umfangreiche Vorhaben mit Risiken verbunden. Daß AN und REA diese Risiken nicht allein tragen können, liegt auf der Hand. Mit dem Versuch, Sympathie-Anleger zu finden, würde die Verwirklichung eines sinnvollen Verfahrens auf die Schultern verteilt, die eigentlich von „Haus aus" ein Interesse an der Umsetzung haben müßten.
Die angestrebte Zusammenarbeit würde die AN von dem Problem befreien, eine eigene Entwicklungsabteilung aufbauen zu müssen. Zudem erscheint es unsinnig, auf das Knowhow der Münchener zu verzichten und in eine „Konkurrenz-Forschung" einzusteigen. Die AN könnte auch später die Fertigung der REA-Anlagen übernehmen – jedoch erst nach einer langen Lehrzeit mit kleinen Schritten, die das Belegschaftsunternehmen personell und fertigungstechnisch dazu in die Lage versetzt.
Fazit: Es ist sehr schwer für AN als dem einzigen Unternehmen mit einem konsequenten Arbeitnehmermodell in der Bundesrepublik, ihren Standort in der Linken und in der Ökobewegung zu definieren.
Unser Treffen hat die praktische Zusammenarbeit mit REA nicht greifbarer werden lassen, und leider sind die anscheinend grundlegend verschiedenen Ansätze, die einem selbstverwalteten Arbeitnehmerbetrieb, den verschiedenen Gruppen in der Ökologiebewegung und Ingenieurkollektiven mit kritischem Anspruch zugrundeliegen, nicht so klar geworden, wie die derzeitige politische Diskussion es hätte wünschenswert erscheinen lassen. Mögen andere, die Zeit dafür haben, besser organisierte Treffen folgen lassen. Kommen soll, wer Kompetenz mitbringt.